

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Dritter Band)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 27/28.

Berlin, Sonnabend, 1. April 1916.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Summarische Tagesordnung. — Unser Verbandstag.
— Die Umgehung der Höchstpreise. — Die Deutsche Zentralrat für Jugendfürsorge im Kriege. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands- und Literatur-Anzeigen.

Summarische Tagesordnung

für den 19. ordentlichen Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine am 12. Juni und folgenden Tagen in Berlin, Verbands-Haus, Greifswalderstr. 221-223.

A. Vorberjammlung.

Montag, den 12. Juni, abends 6 Uhr.

- I. Prüfung der Mandate, evtl. Revision der Geschäftsordnung.
- II. Feststellung der endgültigen Tagesordnung.
- III. Wahl des Bureau.

B. Hauptberjammlungen.

Dienstag, den 13. Juni und folgende Tage.

- I. Die Frauenarbeit in und nach dem Kriege.
a) in der Industrie, Ref.: Verb.-Abg. Sartmann - Berlin.
b) in der Heimarbeit, Ref.: Fr. Dr. Gabel - Berlin.
- II. Stellungnahme zu sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen.
Ref.: Verb.-Abg. Gleichauf - Berlin.
- III. Bericht über die Tätigkeit und Entwicklung der Gewerksvereine und des Verbandes seit dem 18. Verbandstage (1913).
Ref.: Verb.-Redakteur Lewin.
- IV. Bericht über die Vertretung in der Arbeitervertretung.
Ref.: Verb.-Schr. Rothhoff.
- V. Abschluß der Verbandskasse und ihrer Nebenkassen.
Ref.: Verb.-Revisor Westendorff.
- VI. Anträge zum Verbands-Haus.
Ref.: Verb.-Kassier Klein.
- VII. Anträge zum Verbandsorgan.
Ref.: Verb.-Redakteur Lewin.
- VIII. Anträge zur Verbandsagitation.
Ref.: Verb.-Abg. Gieseler - Duisburg.
- IX. Anträge zum Verbandsstatut.
Ref.: Verb.-Abg. Reichelt - Spremberg.
- X. Verschiedene Anträge. Genehmigung der Zentralratsbeschlüsse. Etwasige Beschwerden.
Ref.: Verb.-Abg. Raab - Berlin.
- XI. Wahl der Verbandsbeamten und Revisoren.
Berlin, den 1. April 1916.
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine.
Gustav Sartmann, Vorsitzender.

Unser Verbandstag.

Das Verbandsstatut schreibt vor, daß Anträge zum Verbandstage in der Regel zehn Wochen vor Eröffnung dem geschäftsführenden Ausschuss schriftlich eingekandt werden müssen. Diese Frist ist am 3. April abgelaufen. Es ist also noch Gelegenheit gegeben, seine Wünsche zu äußern. Die Veröffentlichung der summarischen Tagesordnung an erster Stelle dieser Nummer bildet vielleicht noch in letzter Stunde für manchen Ortsverband oder Ortsverein die Mahnung, Anträge zu stellen.

In verschiedenen Aufschriften an die Verbandsleitung ist die Frage angeschnitten worden, ob es

notwendig war, jetzt in der Kriegszeit den Verbandstag abzuhalten. Nachdem der Zentralrat beschloffen hat, den Vorsitzenden des Statuts gemäß, den Verbandstag einzuberufen, kann es keinen Zweck mehr haben, eine Erörterung über diese Angelegenheit herbeizuführen. Der Verbandstag wird zu Anfangen stattfinden; nun gilt es Stellung zu nehmen und ihn für die Gesamtorganisation nutzbar zu machen.

An Beratungsmaterial fehlt es wahrlich nicht. Wohl sind viele wichtige Fragen infolge der Unübersichtlichkeit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse noch in der Klärung begriffen, so daß eine entscheidende Stellungnahme dazu noch nicht möglich ist. Andererseits aber gibt es ebenso viele Probleme, über die unsererseits eine grundsätzliche Stellungnahme bereits erfolgt ist. Jetzt gilt es zu bekunden, daß wir nach wie vor daran festhalten. Wir müssen weiter, wenigstens in großen Umrissen, auch unsere Ansichten zu erkennen geben über die Kriegsbedingtheitsfürsorge, über die Art, wie wir uns die Wohnungsfürsorge nach dem Kriege denken, über die Steuererhebung und über manche andere Dinge. Von besonderer Wichtigkeit erscheint uns die Frage der Frauenarbeit. Sie ist als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden. Ueber die Frauenarbeit in Fabrikbetrieben wird der Zentralratsvorsitzende, Kollege Sartmann, sprechen; die Frauenarbeit in der Heimindustrie wird die sachverständige Leiterin der Anstaltsstelle für Heimarbeitreform, Fr. Dr. Gabel, erörtern. Die Wahl der Referenten birgt uns dafür, daß eine entscheidende Behandlung des Problems erfolgt.

Beisitzenden wird sich der Verbandstag auch mit der parlamentarischen Vertretung der Gewerksvereine. Der Bund, führende Gewerksvereinskollegen in den Parlamenten zu haben, ist unerläßlich. Noch niemals aber ist seine Vertretung so stark und deutlich in die Erscheinung getreten wie in der Kriegszeit. Die übrigen Gewerkschaftsrichtungen konnten bei den zahlreichen Konferenzen mit den verschiedenen Beförden parlamentarier entziehen, die naturgemäß über besseres Material verfügten als die Vertreter der Gewerksvereine. Auch ihre Beziehungen zu den Behörden sind bessere. Unsere Bewegung leidet darunter, daß wir keine Abgeordnete in unteren Reihen haben, und wir müssen darauf dringen, daß hier Wandel geschaffen wird. Der Verbandstag muß nach dieser Richtung seinen festen Willen bekunden und auch die Wege zeigen, auf denen das Ziel erreicht werden kann.

Von ganz besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung unserer Bewegung wird die Wahl des Vorsitzenden sein, die der Verbandstag vorzunehmen hat. Es muß Ersatz geschaffen werden für den erkrankten Kollegen Goldschmidt. Daß von der richtigen Wahl ungemein viel abhängt, bedarf keiner besonderen Erörterung. Der Verbandsvorsitzende muß nicht nur über Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen, er muß auch mit allen Einzelheiten unserer Gesamtorganisation vertraut sein, und dieses Vertrauen darf sich nicht nur auf die Geschichte beschränken, sondern muß sich auf alle einzelnen Einrichtungen und Eigenarten der Deutschen Gewerksvereine erstrecken. Er muß ein Mann aus unsern Reihen sein, der in und mit der Bewegung groß geworden ist und sich einen Namen auch nach außen hin erworben hat. In solchen Männern fehlt es glücklicherweise bei uns nicht. Dazu kommt aber noch die Vorbedingung, daß der künftige Verbandsvorsitzende einen vorausschauenden Blick besitzt, über ein hohes Maß von Besonnenheit verfügt, sich nicht von Augenblicksstimungen leiten läßt, sondern mit Ruhe und Geduld auch Diffe-

renzen, wie sie in jeder größeren Gemeinschaft unvermeidlich sind, zu verhüten oder zu mildern versteht. Es müssen also viele Eigenschaften sich in dem künftigen Manne vereinigen, aber wir haben keine Sorge, daß der Verbandstag den richtigen finden wird.

Daneben gibt es natürlich noch eine lange Reihe von anderen bedeutenden Fragen, wie die Agitation nach dem Kriege, den Ausbau unserer Arbeitersekretariate, die systematische Bearbeitung der Ortsverbände und noch mancher andere, an denen der Verbandstag nicht achtlos vorübergehen darf. Aber auch damit ist das Maß seiner Aufgaben noch nicht erschöpft. Zahlreiche, auf den ersten Blick minderwertig erscheinende Dinge, die jedoch in ihrer Gesamtheit große Bedeutung haben, gibt es zu regeln für die weitere Entwicklung unserer Bewegung. Sie zu fördern, ihr im kommenden neuen Deutschland die ihr gebührende Stellung zu verschaffen, das muß die Aufgabe des Verbandstages sein. Die Verantwortungen, die damit den Verbandsstagsabgeordneten übertragen sind, ist größer als je. Nur, wir haben die Heberzeugung, daß die Männer, die getragen vom Vertrauen ihrer Mitglieder, zur Vertretung so wichtiger Angelegenheiten nach Berlin entsandt werden, sich dieses Vertrauen nach jeder Richtung hin würdig erweisen werden. Es handelt sich um Männer, die sich im Kampfe für unsere Organisation bereits bewährt haben und die auch jetzt ihre Entscheidungen so treffen werden, daß das uns allen vorstehende Endziel, die freiheitlich-nationale Arbeiterbewegung im Deutschen Reich zum Siege zu führen, uns näher gerückt wird.

Die Umgehung der Höchstpreise.

Die besten Maßnahmen zum Besten unserer Volksernährung im Kriege müssen ohne den erwarteten Erfolg bleiben, wenn man sie umgehen kann. Hinsichtlich der Preispolitik unter dem gegenwärtigen Ausnahmezustande erwartete man von der Festsetzung von Höchstpreisen für die wichtigsten Lebensmittel alles Geste. Man erblickte in ihnen eine Gewähr gegen übertriebene Preise und gegen den offensibaren Wucher. Sie sollten eine Grenze nach oben ziehen, die zwar hoch war, aber doch immerhin eine Grenze bildete. Bei der Brotverknappung sind diese Erwartungen eingetroffen. Sie läßt im allgemeinen nichts zu wünschen übrig. Der Preis ist festgelegt, und jeder weiß, was er zu bezahlen hat.

Schwieriger liegen die Verhältnisse bei solchen Lebensmitteln, für welche Höchstpreise nur für inländische Waren bestehen. Man befürchtete, das neutrale Ausland werde Lebensmittel, wie z. B. Butter und andere Fette, nicht nach Deutschland senden, wenn es durch Festsetzung von Höchstpreisen auch für seine Lieferung nicht mehr die Kontantpreise verlangen könne, die es seit einiger Zeit für manche Waren, die von den kriegsführenden Völkern dringend gebraucht werden, fordert. Man wollte dieser Auslandsware in Deutschland das Einfuhrrecht durch Höchstpreise nicht verschließen. So beziehen wir namentlich noch Butter, Speck, Margarine, Fische, Käse usw. von den Neutralen. Man wollte lieber hohe Preise zahlen, als auf diese Zufuhr ganz verzichten, denn was wir nicht kaufen, wird von England und Frankreich abgenommen.

Diese Preispolitik war bei den nun einmal bestehenden unabhürlichen Verhältnissen ganz richtig. Aber sie hatte bei uns Folgen, die man in diesem Umfang nicht erwartete. Zunächst konnte man beobachten, daß in Bezirken mit Höchstpreisen sofort manche der von ihnen betroffenen Waren

Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge im Kriege.

Eine Mahnung zur Mitarbeit.

Je länger der Krieg dauert, um so schwerere Opfer fordert er drücken, um so mehr wachsen aber auch die Aufgaben für uns, die Tabeinabliebenden, an allen denen, die unseres Schutzes, unserer Fürsorge bedürfen.

Eine dieser Aufgaben, gewiß eine der schwersten und der verantwortungsvollsten, ist die erzieherische Arbeit an unserer Jugend, und wieder ein besonders schwieriger Teil dieser Aufgabe ist die Fürsorge für die gefährdeten oder gar schon straffällig gewordenen Jugendlichen, sei es, daß erst der Krieg unmittelbar ihre Gefährdung hervorgerufen hat, sei es, daß schon vor dem Krieg Anzeichen von Verwahrlosung oder gar Straffälligkeit zutage traten.

Es ist die Aufgabe der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, und besonders ihrer Abteilung für Jugendgerichtsbeihilfe, schon seit Jahren gewesen, hier helfend einzutreten, vorzubeugen, zu schützen. Es werden durch die ihr angeschlossenen Vereine und Berufsorganisationen Ermittlungen angestellt, die über das Vorleben eines jugendlichen Angeklagten, der mit den Strafgesetzen in Konflikt kommt, Aufschluß geben sollen; es soll ferner dem Jugendrichter durch diese Ermittlungen ein Einblick in die häusliche und die Umgebung des jugendlichen Angeklagten ermöglicht werden, um hierdurch eine Erleichterung bei der Beurteilung der Straftat zu schaffen, vor allem aber auch, um die Unterlage für später zu treffende erzieherische Maßnahmen zu geben.

Die Erstattung eines solchen Ermittlungsberichts bildet die erste Aufgabe eines Jugendgerichtshelfers. Nur folgt nach dem Termin die zweite — die sogenannte Schutzauflage.

Während dieser Schutzauflage soll der Helfer versuchen, so weit es irrend möglich ist, in enge persönliche Kontakte mit seinem jungen Schützling und dessen Familie zu kommen. Er soll, wo er kann, helfend einwirken, schützend beraten, — der Mutter, wenn der Vater im Felde ist — und nur zu oft begreifen die Jugendlichen, deren Väter im Felde stehen, die dahinter der väterlichen Entbehren. Straftaten — mit Tat und Tat bei der Erziehung ihres Kindes zur Seite stehen, diesen selbst zu regelmäßiger Arbeit, zur Unterstützung der Mutter durch seinen Verdienst anhalten; er soll in dem ihm zum Schutz anvertrauten Minderen das Verantwortlichkeitsgefühl der Zeit wecken, in der sie leben, wecken und stärken — eben ihr Freund und Berater werden.

Und in fast allen Fällen wird gerade jetzt ein Helfer, der mit offenem Herzen in eine Familie kommt, um in der oben angedeuteten Weise zu beraten, Dankbarkeit und Entgegenkommen für seine Hilfe finden.

Eine ganze Anzahl von Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften hat schon in jahrelanger unermüdlicher Arbeit ihren Teil zur Erreichung dieser einmal straffällig gewordenen Kinder beigetragen. Und ein Beweis für die Befriedigung, die sie in dieser menschlichen Arbeit nach der anstrengenden Berufsarbeit fanden, ist wohl, daß sie der Arbeit treu geblieben sind, daß sie sich und während der Kriegszeit in aufopferndster Weise zur Verfügung gestellt haben.

Wir haben versucht, auch mit den Helfern, die ins Feld gezogen sind, in Verbindung zu bleiben, haben ihnen mehrfach Liebesgaben geschickt und öfters Briefe von ihnen bekommen, aus denen zu ersehen war, daß sie sich auch bei der Kriegszeit nach ihrer sozialen Arbeit sehnten.

Aber es sind ihrer erst wenige, die diese Arbeit kennen — und wir brauchen bei der sich steigenden Verwahrlosung der Jugend, bei der wachsenden Selbsttätigkeit, die jetzt während des Krieges in den einzelnen Familien zu leisten ist, bei dem sich immer fühlbarer machenden Selbstermangel, wir brauchen immer mehr Menschen, denen wir den Schutz und die Fürsorge für einen oder zwei unserer Jugendlichen anvertrauen können.

Nur durch Anspannung aller unserer Kräfte wird es uns möglich sein, die ständigen Kräfte, die jetzt in einem Teil unserer Jugend schlummern oder überfordert sind, zu erwecken.

Wer etwa bereit wäre, Arbeit für die Berliner Jugendgerichtsbeihilfe der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge zu übernehmen, wird ansetzen, sich in der Geschäftsstelle der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Monbijouplatz 31, zu melden. Sie ist gern bereit, die einzelnen Helfer in die Arbeit einzuführen und jedem Helfer — bis er die Arbeit übersteht — mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 31. März 1916.

Die Zentralratsung am 24. März beendete sich, nachdem der Vorsitzende den auf Urlaub befindlichen Kollegen Wrede begrüßt hatte, mit der weiteren Vorarbeiten zum Verbandstage. Die summarische Tagesordnung, die an erster Stelle dieser Nummer veröffentlicht ist, wurde endgültig festgestellt. Sodann wurden die Referenten ernannt und die sozial- und wirtschaftspolitischen Themen, zu denen Stellung genommen werden soll, angegeben. Der Bericht des Verbandesekretärs Kollegen Potthoff über seine Tätigkeit am Reichsversicherungsamt im Jahre 1915 wurde zur Kenntnis genommen, ebenso ein Überblick über die Entwicklung der Volksversicherung, der eine kurze Ausprägung zeitigte. Zur Beilegung der Differenzen zwischen den Gewerkschaften der Fabrik- und Handarbeiter und der Schuhmacher und Lederarbeiter fand eine Entschärfung des schlichtführenden Ausschusses, die strengere Beachtung der Berufskennung fordert, einstimmige Annahme.

Aus den weiteren Mitteilungen des schlichtführenden Ausschusses ist ein kurzer Bericht des Kollegen Lewin über eine Sitzung der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge heranzubringen, die sich mit dem Sparzweig für Jugendliche beschäftigte. Die Angelegenheit wird eingehend auf einer am 8. April stattfindenden Hauptversammlung in Kopenhagen, die sich auch mit den Aufgaben des Verbandstages beschäftigen wird, erörtert werden. Kollege Jordan berichtete sodann über die Generalversammlung des Kreis-Ausschusses für Konsumgüterinteressen. Auch daran knüpfte sich eine sehr lebhaft ausgeführte Diskussion über Volksernährungsfragen. Kollege Klein, der in Sachen des Sekretariats kürzlich in Hamburg war, referierte eingehend über die dortigen Verhältnisse. Die Bewilligung eines weiteren Zuschusses für das dortige Sekretariat wurde abgelehnt. Zum Schluß der Sitzung machte Kollege Hartmann noch einige Mitteilungen über eine Sitzung im Reichsamt des Innern und Schritte, die den im Felde stehenden zu Verbandsstabsabgeordneten erwählten Kollegen die Teilnahme an unserer Tagung ermöglichen soll.

Das Verbands-Adressenverzeichnis befindet sich jetzt im Druck und wird in den nächsten Tagen fertiggestellt sein, so daß dann sogleich zum Versand geschritten werden kann. Die Ortsverbände erhalten ein Exemplar unentgeltlich zugewandt. Aber auch die Ortsvereine können das Adressenverzeichnis keinesfalls entbehren, wenn auch die Adressen der einzelnen Ortsvereine nicht darin enthalten sind. Denn mit Rücksicht auf den Krieg und den dadurch bedingten häufigen Wechsel in den Vorstandsmännern erachtet das Adressenverzeichnis in demselben Umfang wie im Vorjahr. Trotzdem bildet es ein unentbehrliches Hilfsmittel bei der Arbeit für unsere Organisation. Der Preis für das Exemplar beträgt 10 Pf. Bestellungen bitten wir schon jetzt unter gleichzeitiger Einbindung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221-223, zu richten.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Februar wies nach dem Reichsarbeitsblatt, abgesehen vom Beschloß- und Befeldungsgerwerb, im Vergleich zum Vorjahr eine vielfach erhebliche Besserung auf. Wenn zu Friedenszeiten im Februar auch dem Vormonat gegenüber meist für eine Anzahl von Gewerben eine Steigerung hervortritt, so macht sich jetzt zur Kriegszeit eine solche Verbesserung nicht so auffällig geltend, da die Kriegswirtschaft dem Arbeitsmarkt heute das Gepräge gibt. Die krisenwirtschaftlichen Hauptindustrien sind bereits seit Monaten aufs angepöppelteste beschäftigt und zeigen auch im 19. Kriegsmonat eine ebenso gute Beschäftigung wie zuvor.

Die außerordentlich starke Nachfrage im Verbrauch, die in Friedenszeiten im Februar vielfach weniger reger als im Januar ausfällt, hat sich wiederum behauptet und brachte eine meist stärkere Beschäftigung als im Vorjahr mit sich. Der hohe Holzbedarf des Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustrials im Januar, der der höchste nicht nur im Kriege, sondern auch früher als der Höchstverbrauch im Frieden, im Januar 1913, war, ist im Februar zwar nicht übertroffen worden, weil die Wagnisstellung unregelmäßiger war, doch war die bekannte Förderung dieser Bechen im Februar an Tonmenge etwas höher als im Januar. In der Metall- und Maschinenindustrie war die Beschäftigung im allgemeinen gleich gut wie im Vormonat und meist stärker als im Vor-

verschwand. Sie wurden nach Gegenden ohne entsprechende Höchstpreise gehoben, wo man also verkaufen konnte, was man wollte. Dit ist keine solche Waren in diesen Gegenden jedoch schließlich zu sehr wohlfeilen Preisen verkauft worden zu sein. Man wollte sie nicht wieder in die Orte mit Höchstpreisen zurückbringen, weil man rechnete, deren Aufhebung werde durch den Mangel an bestimmten Waren erfolgen. So war, um ein Beispiel anzuführen, in Dresden seit der Einführung von Höchstpreisen für Wild in Sachsen kaum noch ein Hase zu kaufen, obgleich die Jagden sehr ergiebig waren. Gleichzeitig berichtete jedoch die „Köln. Ztg.“, daß die Bauern in der Gegend und in den Provinzen Sachsen und Hannover noch niemals so viel Hasen und Rebbe zu spotbilligen Preisen angeboten bekamen.

Mit der Einführung von Höchstpreisen für inländisches Gemüße war dieses vom Markt verdrängt. Es gab nur noch „ausländisches“, das nicht unter Höchstpreis steht. Mit dem Schweinefleisch macht man jetzt in den Großstädten die gleiche Erfahrung. Es gibt fast nur noch „ausländisches“, von dem das Pfund oft mit über drei Mark bezahlt werden muß, während der Preis für inländisches Fleisch erheblich tiefer steht. Es wird mit Recht bemerkt, daß nur der geringste Teil des als „ausländisch“ verkauften Fleisches wirklich vom Auslande stammt; ebenso wird das vielfach bei Speck und anderen Fetten bemerkt. Die „Köln. Ztg.“ (Nr. 228 vom 3. März) teilt mit: „Die Bestimmung, daß nur ein Drittel der angekauften Schweine verworfen werden dürfe, ist von vielen Fleischern so ausgelegt worden, daß sie beispielsweise drei Schweine kaufen, eines, das inländisches, verworfen, die beiden ausländischen aber zum Verkauf stellen; selbstverständlich zu den dafür ausgelassenen, den Höchstpreis weit übersteigenden Sätzen.“ Das Blatt sagt, eine einfache Schätzung der festgesetzten Mengen „ausländischen“ Schweinefleisches müßte feststellen, daß die tatsächliche, statistisch leicht zu erfassende Zufuhr nur einen ganz geringen Bruchteil der Mengen ausmache, die als „ausländisches“ Schweinefleisch jetzt verkauft würden.

Mit dem Stäbe macht man ähnliche Erfahrungen. Seit für inländisches Stäbe Höchstpreise festgesetzt sind, gibt es in manchen Großstädten nur noch „ausländisches“. Alles ist plötzlich „echter“ Stäbe geworden und zwar in solchen Mengen, wie sie ganz unüblich jetzt vom Ausland eingeführt werden. Auch andere Erfahrungen werden zum Nachteil unserer Volksernährung gemacht. So wollen manische Händler Waren, die unter Höchstpreis stehen, nur dann abgeben, wenn andere, nicht vom Höchstpreis betroffene Waren gleichzeitig mitgekauft werden. Diese Waren lassen sie sich aber ganz besonders hoch bezahlen, und sie steigern damit mittelbar den Höchstpreis der anderen Waren. Auf dem Kartoffelmarkt waren in manchen Orten im vorigen Jahre plötzlich nur noch „Saatkartoffeln“ zu haben, für die auch damals ein besonders hoher Preis festgesetzt war. Natürlich sind diese und ähnliche unklare Nachschärfen strafbar. Aber sie gelangen meistens nicht zur Anzeige, da die Käufer die behördlichen Bestimmungen nicht kennen und sich oft auch Schereereien erlauben wollen. Trotzdem sind bekanntlich in letzter Zeit zahlreichere Bestrafungen erfolgt und die offenen Uebertretungen der Höchstpreise sind seltener geworden.

Nicht aber augenscheinlich die Umgebungen. Hier kann nur eine Besserung eintreten, wenn eine scharfe Aufsicht und strenge Bestrafung unklare Handlungen verhindert. Die Bundesratsverordnung vom 29. September 1915 über die Errichtung von Preisprüfungsstellen gibt den Gemeinden das Recht zu dieser Aufsicht. Sie können durch Nachprüfung der Bücher und Rechnungen Preis und Ursprung der Waren feststellen. Es ist ihnen also leicht, sich zu vergewissern, ob eine Ware, deren hoher Preis damit erklärt wird, sie sei ausländischen Ursprungs, auch wirklich von dort stammt. Alle Geschäfte, die ausländische Waren zu höheren, als den festgesetzten Höchstpreisen verkaufen, sollten unter eine derartige regelmäßige Überwachung gestellt werden. Der ehrenwerte Geschäftsmann braucht diese nicht zu fürchten; sie wird ihm auch wenig Last machen. Aber seinem unklaren Mitbewerber wird dadurch das Handwerk gelegt, und die Bevölkerung braucht nicht ferner einheimische Erzeugnisse als „ausländische“ mit Gold anzupreisen. Die Gemeinden sollten trotz ihrer beschränkten Beamtenschaft es ermöglichen, eine derartige Aufsicht allgemein und regelmäßig durchzuführen, und die Geschäfte sollten die Uebertretungen behördlicher Vorschriften, die nichts als verleierte Lebensmittelwucher sind, mit aller Strenge treffen.

jahr, zum Teil machten sich auch hier ebenso wie in der chemischen Industrie und in der Holzindustrie Verbesserungen gegen den Vormonat geltend. Im Baugewerbe ist eine Belebung noch nicht eingetreten.

Die Nachwirkungen der Strafenkassen ergeben für die Beschäftigung lebenden Mitglieder am 1. März dem Anfang des vorerwähnten Monats gegenüber wie bisher eine Abnahme der männlichen Beschäftigten bei gleichzeitiger Zunahme der weiblichen Beschäftigung. Die männlichen Beschäftigten haben im Februar um 29 855 oder um 0,66 v. S. gegenüber einer Verringerung um 0,29 v. S. im Januar abgenommen; bei den weiblichen Hilfskräften ist eine Zunahme um 19 388 oder um 0,50 v. S., d. h. eine etwas stärkere Zunahme als im Januar (+ 0,24 v. S.) zu verzeichnen. Bei dem Rückgang der männlichen Beschäftigung ist zu berücksichtigen, daß der Umfang der Kriegsgangenenarbeit in den Ergebnissen der Strafenkassenstatistik nicht zur Erscheinung kommt.

Unter 815 196 Mitgliedern von 37 Fachverbänden waren 22 987 oder 2,8 v. S. arbeitslos. Im Vormonat war über 838 815 Mitglieder berichtet und eine Arbeitslosenziffer von 2,6 v. S. festgestellt worden. Die Beschäftigungslosigkeit ist infolge einer Zunahme der Arbeitslosen unter den Weibstoff- und Bauarbeitern trotz Abnahme der Arbeitslosigkeit in der Metallverarbeitung und im Maschinenbau, in der Holz- und Lederindustrie wie im Vertriebsgeschäft gegenüber dem Januar gegenüber gerin角度igt zugetommen. Doch bleibt die Februarziffer erheblich unter der Arbeitslosenziffer im Vorjahr (5,1 v. S.) wie im Februar 1911 (3,7 v. S.).

Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt für den Berichtsmontat gegen den Januar bei den Männern wie bei den Frauen eine geringe Zunahme des Andranges. Es entfallen nämlich im Berichtsmontat auf 100 offene Stellen bei den Männern 86 gegen 84 bzw. 90 Arbeitsuchende in den beiden Vormonaten, und beim weiblichen Geschlecht kamen auf 100 offene Stellen im Berichtsmontat 167 Arbeitsuchende gegen 163 im Januar dieses Jahres.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände vergleichen für Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen wie Schleswig-Holstein und Bayern im allgemeinen günstige oder zurückbleibende Lage. Als im wesentlichen unverändert gegen den Vormonat wird der gewerbliche Arbeitsmarkt in Ostpreußen, Polen, Schlesien, Pommern, Mecklenburg wie auch in Württemberg geschildert. In Sachsen und Anhalt hat sich die Lage des Arbeitsmarktes für weibliche Hilfskräfte im allgemeinen verschlechtert. Ebenso in Hamburg, wo sich die allgemeine Lage des männlichen Arbeitsmarktes nicht veränderte. In Westfalen trat eine geringe Verschlechterung ein. Im Rheinland ist in einzelnen Industrien die Lage unverändert, zum Teil etwas besser; für das Weibstoffgewerbe jedoch machte sich eine weitere Verschlechterung geltend. In Südrhein-Sachsen hat sich die Beschäftigung im Weibstoffgewerbe ebenfalls noch weiter verringert. In Berlin-Brandenburg ist hingegen keine weitere Verschlechterung im Weibstoffgewerbe hervorgetreten; auch im übrigen ist hier im allgemeinen zwar keine wesentliche Verbesserung festzustellen, doch machen sich auf dem Arbeitsmarkt für weibliche Personen Anzeichen einer aufsteigenden Bewegung geltend. In Hessen und Preußen-Maschau hatte der Arbeitsmarkt dem Januar gegenüber teilweise einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen; auch in Baden machte sich größere Beschäftigungsgünstigkeit als im Vormonat bemerkbar. Die Vermittlungsstatistik hat sich weiterhin in Elsaß-Lothringen im Berichtsmontat etwas gehoben.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hielt vergangene Woche in Berlin unter dem Vorsitz des Fabrikbesizers Garvens-Dannover ihre diesjährige Mitgliederversammlung ab. Dieselbe beschäftigte sich nach Kenntnisnahme des durch Sonderakt Dr. Tausler erstatteten Geschäftsberichts eingehend mit den durch die Kriegslage den Arbeitgeberverbänden zugewiesenen Aufgaben, insbesondere der wichtigen Frage der Arbeitsvermittlung und der Unterbringung der nach Kriegsende in die Industrie zurückkehrenden Arbeiter. In der Frage der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten stellte sich die Vereinigung einmütig auf den bereits im März des vergangenen Jahres angenommenen Standpunkt, monach die Industrie sich zur Wiederaufnahme ihrer früheren, jetzt kriegsbeschädigten Arbeiter bereit erklärt und ihre

ireudige Mitarbeit an allen Werken der kriegsbeschädigtenfürsorge zuichert. Die Mitglieder der Vereinigung haben in diesem Sinne auch während des Berichtsjahres praktisch an dieser Fürsorge-tätigkeit mitgearbeitet. Von den von der Geschäftsführung aufgestellten Leitfragen über die Entlohnung der minderleistungsfähigen Kriegsbeschädigten und über die Arbeitsbeschaffung für diese nahm die Mitgliederversammlung zustimmend Kenntnis. Die aus dem Vorstand und Ausschuß auscheidenden Herren wurden wiedergewählt. Die Vereinigung umfaßt zurzeit 73 unmittelbar angeschlossene Verbände mit 2 077 800 beschäftigter Arbeitern. Diese Verbände umfassen 835 angeschlossene Verbände, die teilweise wiederum aus Ortsgruppen, insgesamt 198, bestehen, insgesamt sind also der Vereinigung 1106 Arbeitgeberverbände angeschloffen.

Soweit der in der Presse veröffentlichte Bericht. Bezüglich der Verträge zur Kriegsbeschädigtenfürsorge teilt der „Vorwärts“ noch mit, daß die Entlohnung der minderleistungsfähigen Kriegsbeschädigten selbstverständlich nur der Leistungsfähigkeit entsprechen könne. Die monatliche Rente solle jedoch bei der Entlohnung nicht in Anrechnung kommen, zumal Kriegsbeschädigte ohnehins gegen gesunde Arbeiter im Nachteil seien. Will die Arbeitsbeschaffung der Kriegsbeschädigten durch die Vorstand nach Möglichkeit Sorge tragen.

Wieder ist einer von der alten Garde von uns geschieden. Der Gewerbeverein der Schuhmacher und Lederarbeiter beklagt den Verlust seines langjährigen Mitgliedes **Herrmann Wenner**, der am 25. März im Alter von 83 Jahren in Berlin gestorben ist. Schon im Jahre 1871 hatte sich Wenner unserer Bewegung angeschlossen, der er bis zu seinem Tode treu geblieben ist. Ein rühriger Geist, war er stets bereit, für seine Überzeugung einzutreten. Er erwarb sich dadurch das Vertrauen seiner Kollegen in solcher Maße, daß er in Ehren alle Ämter bekleidete, die eine Organisation zu vertragen hat. Auch den Vorden des Hauptvorstandes hat Wenner einige Zeit bekleidet. Kurz, er war ein Mann, wie man ihn gern trifft. Dazu besaß er eine volkstümliche Art, seine Gedanken in Worte zu bringen, wodurch er seinen Mitarbeitern manche frohe Stunde bereite. Nun ist dieser wackere, treue Kollage ins Grab gesunken. Auch im Verbands der Deutschen Gewerbevereine wird man seiner stets in Ehren gedenken.

Sum Stapel „Frauenarbeit“. Nicht nur in gewerblichen, sondern auch in kaufmännischen Betrieben hat infolge des Krieges die Frauenarbeit einen Umfang angenommen, daß die Behörden nicht mehr achtlos darauf vorübergehen können. Das beweist folgender Vorfall des preussischen Handelsministers an die Regierungspräsidenten:

„Der infolge des Krieges eingetretene Mangel an männlichen Arbeitskräften hat zur Folge gehabt, daß sich weibliche Personen in großer Zahl der Beschäftigung in kaufmännischen Betrieben zugewandt haben. So erfreulich es ist, daß hier Frauen und Mädchen mit Erfolg geholfen haben, das wirtschaftliche Leben im Gange zu halten, so darf doch nicht vergessen werden, daß ein großer Teil von ihnen auf dauernde Beschäftigung nicht wird rechnen dürfen, da nach Friedensschluß die aus dem Felde heimkehrenden männlichen Arbeitskräfte in ihre früheren Stellen wieder einzurücken werden. Frühe Bedenken muß daher die Tatsache erregen, daß eine große und das dauernde Bedürfnis offenbar weit übersteigende Zahl von Frauen und Mädchen den kaufmännischen Unterrichtsanstalten zufließt, um sich dort, zum Teil unter erheblichen finanziellen Opfern, eine kaufmännische Ausbildung zu verschaffen. Diese Bedenken treten besonders hervor, wenn es sich um den Besuch privater Handelsschulen handelt, die — namentlich in den sogenannten Schwellenfürten — ihren Schülerinnen im kaufmännischen Bereich eine gewisse äußere Gewandtheit im kaufmännischen Bureauarbeit vermitteln. Es ist zu befürchten, daß vielfach die an diesen Schulen in der Regel geforderten hohen Schulgebühren umsonst aufgewandt sein und schwere Enttäuschungen eintreten werden.“

Als erfurde Sie daher, diesen Verhältnissen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und auf Stärkung des Zukunfts gerichteten Bemühungen der privaten Handelsschulen entgegenzutreten. Insbesondere gebe ich zu erwägen, ob den privaten Handelsschulen die Beschränkung aufzuerlegen wäre, daß sie nicht mehr Schülerinnen aufnehmen dürfen, als sie nachweislich im April 1914 gehabt haben. Einer Begehrung der Arbeitsschulunternehmer würde durch nachdrücklichen Hinweis auf die lediglich vorüberläufige erfolgte Erteilung der Genehmigung zum Betrieb der Schulen zu begehren sein. Bei Revision der

Schulen, zu denen noch Bedarf die kommunalen Schulbeamten heranzuziehen sind, wird den bei den Privatschulen beobachteten Mißbräuchen, wie gleichzeitiger Unterricht mehrerer Klassen durch einen Lehrer, mechanisches Diktieren ohne sachliche Belehrung usw., besondere Beachtung zu schenken und unnachlässig auf Abstellung zu dringen sein.

Bei den öffentlichen Schulen liegen zwar die erwähnten Bedenken nicht im gleichen Maße vor, da von ihnen erwartet werden kann, daß sie ihren Schülerinnen eine gründliche und zuverlässige Ausbildung mitgeben. Indessen ist darauf zu halten, daß auch von seiten der öffentlichen Schulen alles Bemühen wird, was dazu dienen kann, den Zustrom der weiblichen Jugend zum kaufmännischen Schulunterricht zu vermindern.“

Aus dem Verbands.

Gottlob. In einer am Sonntagabend den 4. März abgehaltenen gut besuchten Versammlung hielt Kollege Rößler, erst einen ausführlichen Vortrag über: „Die Kriegsbeschädigten für die Textilarbeiter“. In der Einleitung berichtete Redner über die verschiedenen Gründe, welche den Zusammenschluß unserer Feinde auf wirtschaftlichen Gebieten gegen uns berechneten. Was wir als Deutsche beim Belingen der feindlichen Pläne zu gewärtigen hätten, lehrte uns der Außenblick in Ostpreußen. Unsere ganze soziale Gehebelung wäre zertrümmert worden, wenn unsere Feinde ihr Kriegsziel erreichten. Anschließend besprach Redner die Ursachen der Teuerung und Arbeitslosigkeit und kam dann zu den Verhandlungen der Organisationsleiter mit den Arbeitgebern, welche zu einer Kriegszulage zum Lehne führten. Da aber im Reichsinteresse die Rohstoffbeschlagnahme erfolgte, so war es auch folgerichtig, daß das Reich für die offenen eintret und der Reichstag 200 Millionen Mark als Kriegsbeschädigten für die Arbeiter zur Verfügung stellte. Soweit alles gut und schön. Aber mit der Ausführung haperte es gewaltig. Zuerst kam Bayern, dann Sachsen, Baden und zu guter Letzt erst Preußen heran. Im weiteren Verlauf des Vortrages besprach Redner die Verhandlungen in unserem Regierungsbezirke. Derselben wurden auf Veranlassung der Vertreter der Arbeiterorganisationen eröffnet. Aber schon die erste Zusammenkunft verlief ergebnislos. Die folgenden Verhandlungen führten die Unternehmer hübsch für sich; die Arbeitgebervertreter erhielten nur einen Entwurf zur schleunigen Begutachtung überfandt. Auf deren Gutachten wurde aber nicht die gebührende Rücksicht genommen, daher die in unserem Sinne noch bestehenden Mängel. Zu begrüßen sei aber, daß die Anrechnung der halben Kriegs-familienunterstützung bei Kriegserfassen nicht erfolgen soll; der Entwurf hatte es ursprünglich vorsehen.

Bei Besprechung der örtlichen Regelung der Auszahlung kam Redner zu dem Resultat, daß Arbeitgeber sowie Stadtverwaltung hier in Cottbus nicht mit dem meiste soziale Empfinden gezeigt haben im Vergleich zu anderen Orten. Redner erläuterte dann die Sachlage an zahlreichen Beispielen aus städtischen und ländlichen Bezirken und besprach schließlich noch das Arbeitsnachweiswesen. Er ermahnte die örtliche Verwaltung, ihr Augenmerk auf daselbe zu richten; denn es werde nach Friedensschluß von seiner Bestaltung viel für die sozialen Verhältnisse abhängen. Wir wollen doch alle deutschen Arbeiter, die durch den Krieg arbeiten, los werden, wieder in ihre alte Arbeitsstelle bringen. Hauptfrage sei vor allen Dingen der partielle Arbeitsnachweise ober, wenn dieser nicht zu bekommen sei, der gemeinwohlliche.

Durch Aufzählung all dieser Tätigkeiten brachte Redner den Anwesenden in Erinnerung, wie notwendig auch jetzt während des Krieges die Organisation, speziell die des Gewerbevereins ist, und wie falsch diejenigen handelten, die derselben den Rücken kehren zu ihrem und der anderen Schaden. Redner erbat für seinen Vortrag reichen Beifall. In der Besprechung äußerten sich alle Redner in zustimmendem Sinne. Einige Anfragen an den Redner wurden von diesem in seinem Schlusssätze zur Zufriedenheit beantwortet. Redner schloß mit dem Hinweis zur pünktlichen Zahlung der Beiträge. Nachdem die Organisation soweit für ihre Mitglieder getan, sei es auch Ehrenpflicht derselben, ihrerseits ihre Pflicht voll und ganz zu erfüllen. Ebenso wie der deutsche Soldat im Schlagengegnen gegen unsere Feinde seine Schuldigkeit tue, müssen wir dabei es tun zum Durchhalten auch der Organisation gegenüber.

Der Vorsitzende schloß mit einer kurzen, von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Ansprache, in der er für Stärkung des Gewerbevereins eintrat, die Versammlung.

Paul Schulze, Schriftführer.

Polen. Als der Weltkrieg begann, wurde auch von unserem Ortsverband eine große Anzahl Kollegen zu den Fahnen gerufen. Freudig entsprachen sie dem Rufe des Kaisers mit dem festen Vorsatz, den Feind zu vernichten, Guts und Herd zu schützen und unser liebes Vaterland zu verteidigen und zu erhalten, daß kein Stein unseres vaterländischen Bestes verloren geht. Der Krieg ist inzwischen zu einem Weltbrand geworden; unsere selbstaaren Brüder aber haben den Mut nicht verloren, sie werden kämpfen, bis der völlige Sieg die Entscheidung ist für den freien Lebenslauf unserer Feinde. Das muß und wird unser Ortsverband auf dem Felde der Ehre gefeiert, und wenn die Daseinsgebenden selbst nicht mehr mitziehen konnten, so haben sie doch in vielen Fällen ihre Söhne in den Reihen der Kämpfenden.

